

(Enquete über das Meliorationswesen in Oesterreich.) In der gestern abgehaltenen ersten Sitzung der Enquete über die Regelung des Meliorationswesens, über deren Eröffnung wir schon berichtet haben, wurde eine allgemeine Debatte eingeleitet und zu Ende geführt. In der allgemeinen Debatte, in welcher die Vertreter der einzelnen Landesvertretungen das Wort ergriffen, wurden von den Rednern alle Bestrebungen, den Bodenertrag zu steigern, auf das lebhafteste begrüßt, jedoch einzelne Bedenken gegen die Art der Durchführung des Regierungsprogramms geltend gemacht. Seitens der Vertreter Böhmens wurde zunächst betont, die Kompetenz des Landtages müßte streng beachtet bleiben. Mit Zwangsmaßnahmen habe man in Böhmen bisher nicht besonders erfreuliche Erfahrungen gemacht. Man müsse sich daher gegen die beabsichtigten Zwangsgenossenschaften aussprechen. Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca möchte von vornherein das Mißverständnis beseitigen, das hinsichtlich der geplanten Zwangsgenossenschaften und des leisen Drudes, den die Regierung auf die Interessenten behufs Durchführung der Bodenverbesserungen auszuüben wünsche, Platz gegriffen habe. Man könne unmöglich eine so große Aktion, deren Wichtigkeit nachgewiesen ist, an dem Widerstand einzelner böswilliger oder verständnisloser Unrainer scheitern lassen. Die ungeheuren finanziellen Lasten, welche der Weltkrieg für den Staat und für jeden einzelnen mit sich gebracht habe, machen es doppelt nötig, die Produktion mit allen Mitteln zu heben, lassen es aber zugleich unmöglich erscheinen, mit der bisherigen Weise fortzufahren. Von mehreren Rednern wurde aus verfassungsrrechtlichen und Gründen praktischer Natur die möglichste Dezentralisierung des Meliorationswesens sowie des Meliorationsfonds und die Wahrung der Kompetenz der Landesgesetzgebung und Landesverwaltung in Meliorationsfachen auch für die Zukunft verlangt; die Vertreter der engeren Kriegsggebiete wiesen namentlich auf die Notwendigkeit hin, in diesen Gebieten die Meliorationen im Zusammenhang mit der Wiederaufbauaktion durchzuführen und hierbei auf die durch die Kriegsverhältnisse eingetretene Verarmung des Grundbesitzes in den durch die Invasionen betroffenen Gebieten durch ausreichende Subventionierung seitens des Staates Rücksicht zu nehmen. Die Geltendmachung verschärfter Zwangsmaßnahmen begegnete, wie erwähnt, vielfach Bedenken, dagegen wurde die Normierung von Zwangsbestimmungen für jene Fälle als

zweckmäßig erachtet, in denen der Widerstand einzelner die Durchführung von Meliorationen oder Kommissionen zu verhindern geeignet wäre. Hinsichtlich der Kreditbeschaffung wurde die Heranziehung der in den einzelnen Ländern bestehenden Landesbanken, eventuell der Raiffeisenkassen empfohlen. Von einem Redner wurde die Frage aufgeworfen, ob es auch nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse möglich sein werde, das für eine auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum zusammengedrückte großzügige Aktion notwendige Personal und Material anzubringen, weshalb vielleicht die ganze Aktion erst nach Ablauf einer gewissen Zeit nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse in Angriff zu nehmen wäre. Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca bittet mit Bezug auf mehrere in der Debatte gefallene Äußerungen davon überzeugt zu sein, daß es der Regierung vollständig fern liege, irgendwie ein Attentat gegen die Autonomie der Länder zu unternehmen. Daß dies nicht der Fall sei, beweise am besten die Einberufung der heutigen aus Vertretern der Landesverwaltungen bestehenden Enquete als erster Schritt in der Verfolgung des vom Minister aufgestellten Programms. Sektionschef Dr. Deutsch und Hofrat Ingenieur Marcus erteilten nähere Aufklärungen. Damit ist die allgemeine Erörterung beendet. In der nächsten heute stattfindenden Sitzung wird in die Spezialberatung eingegangen werden.